

1.2. Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Aktionärinnen und Aktionäre,

der Aufsichtsrat der creditshelf Aktiengesellschaft hat im Geschäftsjahr 2020 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben mit großem Engagement wahrgenommen und möchte Sie nachfolgend über seine Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr informieren.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand regelmäßig umfassend in schriftlicher und mündlicher Form über die strategische Weiterentwicklung des Unternehmens, die Unternehmensplanung, den Geschäftsverlauf, die Entwicklung wichtiger finanzieller Kennzahlen, besondere Geschäftsvorfälle, die Personalentwicklung sowie das interne Kontrollsystem, das Risikomanagement und die Compliance berichten lassen. Dabei hat sich der Aufsichtsrat auch mehrfach ausführlich mit der Risikosituation des Unternehmens, der Liquiditätsplanung und der Eigenkapitalsituation auseinandergesetzt. Er hat die Geschäftsführung des Vorstands im abgelaufenen Geschäftsjahr sorgfältig überwacht und beratend begleitet. In die Entscheidungen des Vorstands, die für das Unternehmen grundlegende Bedeutung hatten, war er eingebunden.

Gegenstand und Umfang der Berichterstattung durch den Vorstand entsprachen den Anforderungen des Aufsichtsrats in vollem Umfang. Fragen an den Vorstand wurden jederzeit ausführlich beantwortet. Die Berichterstattungsfrequenz zur finanziellen Situation der Gesellschaft wurde mithilfe monatlicher Reports weiter erhöht und verbesserte so die Überwachungsgrundlage des Aufsichtsrats während der Corona-Krise. In den Aufsichtsratssitzungen stand der Vorstand zur Erörterung der Sitzungsthemen zur Verfügung. Alle Geschäftsführungsmaßnahmen, die aufgrund Gesetzes, Satzung oder Geschäftsordnung der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats bedurften, haben wir eingehend geprüft und mit dem Vorstand diskutiert.

Der Aufsichtsratsvorsitzende und der Vorstandsvorsitzende standen laufend in Kontakt, sodass der Aufsichtsratsvorsitzende stets unverzüglich über alle wichtigen Ereignisse informiert war, die von wesentlicher Bedeutung für die Beurteilung der Lage und Entwicklung von creditshelf waren. Damit war der Aufsichtsratsvorsitzende auch zwischen den Sitzungsterminen des Aufsichtsrats fortlaufend ausführlich unterrichtet.

Die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, wie beispielsweise zu Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, nehmen die Mitglieder des Aufsichtsrats eigenverantwortlich wahr und werden dabei von der Gesellschaft unterstützt. Zur gezielten Weiterbildung werden bei Bedarf interne Informationsveranstaltungen angeboten. Einen Schwerpunkt bildete im Berichtszeitraum die Durchführung einer Online-Schulung bezüglich agiler

Technologieentwicklungsmethoden und der von der Gesellschaft eingesetzten Risikoanalyse-Software.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2020 fanden sieben Sitzungen des Aufsichtsrats statt, die aus Hygienegründen allesamt als Video- bzw. Telefonkonferenzen durchgeführt wurden. Außerdem wurden Beschlüsse im schriftlichen Verfahren gefasst. Ausschüsse des Aufsichtsrats bestanden im Berichtszeitraum nicht. Der Aufsichtsrat tagte regelmäßig auch ohne den Vorstand. Dabei wurden Tagesordnungspunkte behandelt, die entweder den Vorstand selbst betrafen oder eine interne Diskussion durch den Aufsichtsrat erforderten.

Im Berichtsjahr haben alle Aufsichtsräte an mindestens sechs der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen. Mit der höheren Frequenz der Aufsichtsratssitzungen im Vergleich zum Vorjahr reagierte der Aufsichtsrat in Abstimmung mit dem creditshef-Vorstand auf die aus der Pandemie resultierende Sondersituation.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Sitzungsteilnahme der Mitglieder des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2020:

	Rolf Elgeti Aufsichtsrats- vorsitzender	Rolf Hentschel Stellvertretender Vorsitzender	Julia Heraeus- Rinnert Mitglied des Aufsichtsrats	Pedro Pinto Coelho Mitglied des Aufsichtsrats	Dr. Joachim Rauhut Mitglied des Aufsichtsrats	Prof. Dr. Dirk Schiereck Mitglied des Aufsichtsrats
Datum						
09.01.2020	X	X		X	X	X
17.03.2020	X	X	X	X		X
25.05.2020	X	X	X	X	X	X
14.07.2020	X	X	X	X	X	X
01.09.2020	X	X	X	X	X	X
03.11.2020	X	X	X	X	X	X
17.12.2020	X	X	X	X	X	

Nachfolgend informieren wir Sie zu Themenschwerpunkten und weiteren Tätigkeiten des Aufsichtsrats im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat

Januar-Sitzung (Budgetsitzung)

In der Sitzung am 09. Januar 2020 besprach der Aufsichtsrat mit dem Vorstand die vorläufigen Ergebnisse des Geschäftsjahres 2019 und den aktuellen Stand von Kooperationen sowohl auf der Kreditgeber- als auch auf der Kreditnehmerseite. Schwerpunkt der Sitzung war eine eingehende Diskussion der seitens des Vorstands vorgelegten Budgetplanung für die Geschäftsjahre 2020 fortfolgende und den damit zusammenhängenden Investitionsschwerpunkten wie die Stärkung der Marketinginfrastruktur. Der Plan wurde vom Aufsichtsrat gebilligt. Ferner stellte das Management die geplanten Entwicklungsarbeiten an creditshells Technologie im Geschäftsjahr 2020 vor, die der Aufsichtsrat umfassend reflektierte.

März-Sitzung (Bilanzsitzung)

In der Sitzung am 17. März 2020 diskutierte der Aufsichtsrat die zuvor vom Vorstand vorgestellte aktuelle Geschäftsentwicklung. Schwerpunkt dieser Diskussion waren mögliche Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Geschäftsentwicklung von creditshelf und den Markt für digitale Mittelstandsfinanzierung sowie Vorkehrungen und Maßnahmen der Gesellschaft, um auf diese Auswirkungen zu reagieren. Wesentlicher Teil dieser Diskussion waren auch die von der Gesellschaft im Rahmen des Lageberichts aufgestellte Prognose für das Geschäftsjahr 2020 sowie Geschäfte mit nahestehenden Personen. Anschließend diskutierten Aufsichtsrat und Vorstand in Anwesenheit des Wirtschaftsprüfers eingehend den zum 31. Dezember 2019 aufgestellten Jahresabschluss, die Ertragslage des Geschäftsjahres 2019 und die Prüfungsschwerpunkte wie die Identifikation und Bewertung der übernommenen Vermögenswerte und Schulden im Rahmen der Akquisition der Valendo GmbH und die bilanzielle Berücksichtigung von variablen Kaufpreisbestandteilen sowie die Werthaltigkeit der immateriellen Vermögenswerte. Der Aufsichtsrat billigte einstimmig den Jahres- und Konzernabschluss, den Lagebericht sowie den Corporate Governance Bericht und verabschiedete den Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2019. Der Aufsichtsrat beriet außerdem über den Austragungsort und die Tagesordnung der anstehenden ordentlichen Hauptversammlung 2020. Ferner schlug der Aufsichtsrat vor, wie im Vorjahr die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein Grant Thornton AG zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2020 zu wählen. Für den Fall eines erfolgreichen Mehrheitsbeschlusses auf der Hauptversammlung wurde der Aufsichtsratsvorsitzende ermächtigt, die Warth & Klein Grant Thornton AG entsprechend zu beauftragen.

Umlaufbeschluss im April (Virtuelle Hauptversammlung)

Am 07. April 2020 fasste der Aufsichtsrat einstimmig den Umlaufbeschluss, dem Beschluss des Vorstands zur Verschiebung der ordentlichen Hauptversammlung auf den 26. Mai 2020 und der Abhaltung als sogenannte „virtuelle Hauptversammlung“ gemäß Artikel 2, § 1, Absatz 2 Gesetz zur

Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht mit unveränderter Tagesordnung zuzustimmen.

Mai-Sitzung

Am 25. Mai 2020 diskutierten Aufsichtsrat und Vorstand die Geschäftsentwicklung im 2. Quartal 2020 und die Unternehmensstrategie. Besonderer Schwerpunkt lag auf den Auswirkungen der im Rahmen der Corona-Krise ausgegebenen KfW-Förderkredite und deren Einfluss auf creditshelfs Geschäft. Als Mittel zur besseren Beobachtung der Geschäftsentwicklung und finanziellen Situation einigten sich Aufsichtsrat und Vorstand darauf, dass creditshelf den Aufsichtsrat nach dem Buchungsschluss eines jeden Monats mit aggregierten Finanzinformationen versorgt. Außerdem diskutierten Aufsichtsrat und Vorstand das 1. Closing des creditshelf Loan Fund und Initiativen zur Marketing-Automatisierung.

Juli-Sitzung

Am 14. Juli 2020 tauschten sich Aufsichtsrat und Vorstand zu den Themen Geschäftsverlauf, Unternehmensstrategie und Technologieentwicklung aus. Ein wesentlicher Punkt der Diskussion war dabei creditshelfs Risikoanalyse und potenzielle Anpassungen im Rahmen der Corona-Pandemie sowie Auswirkungen auf Ausfallraten im aktuellen Kreditportfolio. Darüber hinaus diskutierten Vorstand und Aufsichtsrat die vorläufigen Finanzergebnisse für das 1. Halbjahr 2020. Außerdem stellte der Vorstand dem Aufsichtsrat das geplante 4. Mitarbeiter-Anreizprogramm (Restricted Stock Units Program IV) vor. Der Aufsichtsrat stimmte dem Vorstandsbeschluss zur Implementierung des 4. Mitarbeiter-Anreizprogramms einstimmig zu. Ferner beschloss der Aufsichtsrat, dass das Vesting der RSU-Programme I, II und IV auf bis zu 1,5 % RSUs als Prozentsatz der gegenwärtig ausstehenden Aktienanzahl (zum Zeitpunkt der Sitzung 1.360.339 Stückaktien) begrenzt werden sollte. Abschließend beschloss der Aufsichtsrat die Bildung eines Arbeitskreises zur Umsetzung der neuen Fassung des Deutschen Corporate Governance Codex (Fassung vom 16. Dezember 2019).

September-Sitzung (Halbjahresabschluss)

Am 01. September 2020 berieten Aufsichtsrat und Vorstand zu zahlreichen Themen des aktuellen Geschäftsverlaufs, darunter die Themen Gesamtjahresausblick, Personal- und Marketingaufwendungen, Kooperationen und Produkterweiterungen. Ferner diskutierten Aufsichtsrat und Vorstand gemeinsam mit dem Wirtschaftsprüfer Warth & Klein Grant Thornton AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft den zum 30. Juni 2020 aufgestellten Halbjahresabschluss 2020. Außerdem stellte der Wirtschaftsprüfer die potenziellen Schwerpunkte der Jahresabschlussprüfung 2020 vor. Ferner präsentierte der Arbeitskreis Deutscher Corporate Governance Codex seine Arbeitsergebnisse. Gegenstand der Beratungen waren außerdem Personalangelegenheiten des Vorstands.

Umlaufbeschluss im September (Verschmelzung der Tochtergesellschaften)

Am 29. September 2020 fasste der Aufsichtsrat einstimmig den Umlaufbeschluss, die vom Vorstand beschlossene Verschmelzung der creditshelf-Tochtergesellschaften creditshelf service GmbH (übertragende juristische Entität) und Valendo GmbH (übernehmende juristische Entität) zu billigen.

November-Sitzung

Schwerpunktthema der Aufsichtsratssitzung am 03. November 2020 war eine vom Aufsichtsrat angefragte und von der Gesellschaft ausgearbeitete und vorgetragene Markt- und Wettbewerbsanalyse. Außerdem diskutierten Aufsichtsrat und Vorstand über die Geschäftsentwicklung seit der letzten Aufsichtsratssitzung sowie über die Mitteilung zum 3. Quartal 2020. Ein wesentlicher Teil der Diskussion waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des zweiten Lockdowns, d.h. die erneute Verschärfung der Kontaktbeschränkungsmaßnahmen durch die Bundesregierung, auf die Geschäftsentwicklung sowohl auf der Kreditnehmer- als auch auf der Finanzierseite. Ferner präsentierte die Gesellschaft dem Aufsichtsrat die Weiterentwicklung der Compliance-Funktion und gab Updates zu den Themen Technologie, Personal, Risiko und Investor Relations. Ein weiterer Teil der Sitzung war die Vorstellung der Schlüsselprämissen des derzeitigen Mehrjahres-Planungsprozesses. Der Aufsichtsrat billigte zudem einstimmig die aktualisierte Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex nach §161 AktG. Gegenstand der Beratungen waren außerdem Personalangelegenheiten des Vorstands.

Dezember Sitzung

Die letzte Sitzung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2020 fand am 17. Dezember 2020 statt. Schwerpunktthema der Sitzung war die von der Gesellschaft aufgestellte Planung zur finanziellen Entwicklung für die Geschäftsjahre 2021 bis 2023 und des damit einhergehenden Budgets. Die Planungsprämissen wurden eingehend diskutiert und die aufgestellte Planung im Anschluss verabschiedet. Dies erfolgte unter Würdigung der von der Obotritia Capital KGaA im November 2020 gegenüber der Gesellschaft abgegebenen Patronatserklärung durch den Vorstand. Ziel der Patronatserklärung ist die Deckung des Liquiditätsbedarfs der Gesellschaft zur Vermeidung einer möglichen Insolvenzantragspflicht. Zur Umsetzung der Patronatserklärung wurde dem Abschluss eines Darlehensvertrages mit der Obotritia Capital KGaA als Darlehensgeber zugestimmt. Ferner gab die Gesellschaft dem Aufsichtsrat einen Überblick über die Geschäftsentwicklung im 4. Quartal und die Weiterentwicklung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems. Darüber hinaus diskutierte der Aufsichtsrat das nach den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex erarbeitete Kompetenzprofil und die zur Beurteilung der Effizienz der Gremienarbeit durchgeführte Selbstevaluierung.

Corporate Governance

Der Vorstand der Gesellschaft stand zu allen, den Aufsichtsrat betreffenden Corporate Governance Themen im regelmäßigen Austausch mit den Mitgliedern des Aufsichtsrats. Über die Umsetzung des DCGK samt entsprechenden Maßnahmen berichten Vorstand und Aufsichtsrat in ihrem gemeinsamen Corporate-Governance-Bericht und der darin eingeschlossenen Erklärung zur Unternehmensführung in diesem Geschäftsbericht.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats legen dem Aufsichtsrat etwaige Interessenkonflikte offen. Derartige Interessenkonflikte sind jedoch im Berichtsjahr nicht aufgetreten.

Der Aufsichtsratsvorsitzende steht gegenwärtig oder stand im Berichtsjahr entweder selbst oder über Unternehmen, in denen er eine hochrangige Position bekleidet oder an denen er wesentlich beteiligt ist, mit creditshelf in Geschäftsbeziehungen. Die Geschäfte von creditshelf mit nahestehenden Personen oder Unternehmen erfolgen dabei zu Bedingungen wie mit fremden Dritten. Bezüglich einer detaillierten Darstellung der Beziehungen zu nahestehenden Personen und Unternehmen verweisen wir auf die Finanzberichterstattung der Gesellschaft.

Prüfung der Jahres- und Konzernrechnungslegung für das Geschäftsjahr 2020

Der vom Vorstand nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) aufgestellte Jahresabschluss sowie der gemäß § 315e HGB auf Grundlage der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellte Konzernabschluss und der Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2020 wurden durch die Warth & Klein Grant Thornton AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, den Abschlussprüfer der Gesellschaft, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Als besonders wichtige Prüfungssachverhalte hat der Abschlussprüfer die Werthaltigkeit des Goodwills aus dem Erwerb der Anteile an der creditshelf solutions GmbH (bis zum 2. November 2020 firmierend als Valendo GmbH) sowie die Werthaltigkeit des immateriellen Vermögenswertes ‚Risikotool‘ gesehen. Die genannten Unterlagen und der jeweilige Prüfungsbericht des Abschlussprüfers lagen den Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig vor und wurden in der Aufsichtsratssitzung am 23. März 2021 entsprechend diskutiert. Der Abschlussprüfer nahm an dieser Sitzung teil und berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Tätigkeit. Der Aufsichtsrat schloss sich nach eigener Prüfung dem Ergebnis des Abschlussprüfers an und erhob keine Einwendungen gegen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss, Konzernabschluss und Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2020. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss und Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2020 jeweils gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Veränderungen im Aufsichtsrat und im Vorstand

Das Aufsichtsratsmitglied Pedro Pinto Coelho hat den Vorstand im Dezember entsprechend der in der Satzung der creditshelf festgelegten Frist darüber informiert, dass er sein Amt zum 31. Dezember 2020 niederlegen wird. Gemäß Ziffer 12.3 der Satzung bleibt der Aufsichtsrat jedoch weiterhin beschlussfähig. Der nächsten ordentlichen Hauptversammlung soll eine Satzungsänderung zum Beschluss dahingehend vorgeschlagen werden, dass sich der Aufsichtsrat zukünftig aus fünf Mitgliedern zusammensetzt.

Der Vorstand setzte sich im Geschäftsjahr 2020 wie auch in 2019 aus den Mitgliedern Dr. Tim Thabe, Dr. Mark Währisch und Dr. Daniel Bartsch zusammen. In der Aufsichtsratssitzung am 03. November 2020 hat Dr. Mark Währisch gegenüber dem Aufsichtsrat seinen Wunsch geäußert, seinen Dienstvertrag nicht über den 30. April 2021 hinaus zu verlängern.

Danksagung

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns für ihr erfolgreiches Engagement im vergangenen Geschäftsjahr und wünscht ihnen für die anstehenden Herausforderungen des neuen Geschäftsjahrs weiterhin viel Erfolg.

Frankfurt am Main, im März 2021

Rolf Elgeti

Aufsichtsratsvorsitzender

2.7. Corporate Governance

2.7.1. Corporate-Governance-Bericht/ Erklärung zur Unternehmensführung nach §§ 289f und 315d HGB[1]

Nachfolgend berichten wir über die Corporate Governance und die wesentlichen Grundzüge der Unternehmensführung der creditshelf Aktiengesellschaft einschließlich der Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex, des Vergütungsberichts und weiterer Angaben nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches.

Entsprechenserklärungen zu den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex macht die Gesellschaft nach deren Veröffentlichung mindestens fünf Jahre lang auf ihrer Internetseite verfügbar. Zur Einsicht der jeweils aktuellen Fassungen der Entsprechenserklärung sei an dieser Stelle daher auf die Investor Relations Webseite der Gesellschaft verwiesen:

<https://ir.creditshelf.com/websites/creditshelf/German/6300/entsprechenserklaerung-zum-deutschen-corporate-governance-codex.html>

Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Bei der creditshelf Aktiengesellschaft obliegt dem Vorstand die Verantwortung für die Strategie und Steuerung des Konzerns. Der Aufsichtsrat berät den Vorstand und überwacht dessen Geschäftsführung. Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten im Interesse des Unternehmens eng zusammen mit dem Ziel, den Unternehmenswert nachhaltig zu steigern. Dazu berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat regelmäßig, umfassend und zeitnah über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Strategie, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, der Risikoentwicklung und der Compliance. Ziel- und Planungsabweichungen werden dem Aufsichtsrat erläutert. Die strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Konzerns wird mit dem Aufsichtsrat abgestimmt und erörtert.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats dürfen bei ihren Entscheidungen und im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit für die creditshelf Aktiengesellschaft weder persönliche Interessen verfolgen noch anderen Personen ungerechtfertigte Vorteile gewähren. Im Geschäftsjahr 2020 ist es zu keinen Interessenkonflikten von Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern gekommen.

Vorstand

Im Vorstand der creditshelf Aktiengesellschaft sind der Vorstandsvorsitzende und die gleichberechtigten Vorstände mit den die einzelnen Zentralfunktionen umfassenden Vorstandsressorts vertreten. Dem Vorstand gehörten zum Geschäftsjahresende 2020 drei Mitglieder an.

Die Steuerung des creditshelf Konzerns erfolgt durch den Vorstand der creditshelf Aktiengesellschaft als Muttergesellschaft. In dieser sind alle Leitungsfunktionen gebündelt. Zu den zentralen Aufgaben des Vorstands gehören die Festlegung der Unternehmensstrategie, die Unternehmensfinanzierung, das Risikomanagement sowie die Steuerung des Vertriebs. Des Weiteren ist der Vorstand für die Aufstellung der Jahres-, Konzern- und Zwischenabschlüsse sowie für die Einrichtung und Überwachung des Risikomanagementsystems zuständig. Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevante Themen, u. a. die Planung, den Geschäftsverlauf, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Risikosituation, das Risikomanagements und die Compliance. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen ist der Aufsichtsrat unmittelbar eingebunden. Für solche Entscheidungen sind zudem Zustimmungsvorbehalte des Aufsichtsrats vorgesehen. Der Vorstand sorgt für eine offene und transparente Unternehmenskommunikation.

Der Vorstand führt die Geschäfte der Gesellschaft in eigener Verantwortung. Dabei gilt der Grundsatz der Gesamtverantwortung, das heißt, die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Geschäftsführung. Jedem Vorstandsmitglied sind im Geschäftsverteilungsplan bestimmte Aufgaben zur besonderen Bearbeitung zugewiesen. Bestimmte Entscheidungen, insbesondere solche, bei denen die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich ist oder für die der Vorstand nach Gesetz oder Satzung zuständig ist, sind nach der Geschäftsordnung dem Gesamtvorstand vorbehalten. Ein Beschluss des Gesamtvorstands ist außerdem in Angelegenheiten herbeizuführen, die dem Vorstand durch den Vorstandsvorsitzenden oder ein Vorstandsmitglied zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die Sitzungen des Vorstands finden in regelmäßigen Abständen statt. Sie werden vom Vorstandsvorsitzenden einberufen. Dieser setzt auch die Tagesordnung fest und leitet die Sitzungen. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder geladen sind und mindestens die Hälfte seiner Mitglieder an der Beschlussfassung teilnimmt. Die Beschlüsse des Vorstands sind mit einfacher Stimmenmehrheit der abgegebenen Stimmen gültig. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorstandsvorsitzenden, soweit der Vorstand aus mehr als zwei Mitgliedern besteht. Beschlüsse können auch außerhalb von Sitzungen durch Stimmabgabe in Textform oder telefonisch gefasst werden, wenn kein Vorstandsmitglied diesem Verfahren unverzüglich widerspricht. Weitere Einzelheiten sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt.

Mit dem Ziel einer Absicherung in Notfallsituationen sowie eines Talent-Nachfolgemanagements hat der Aufsichtsrat gemeinsam mit dem Vorstand eine langfristige Nachfolgeplanung erarbeitet. Diese sieht folgendes vor: In einem jährlichen Talent Review werden von den Führungskräften Performance und Potenzial aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von creditshelf einzeln bewertet und eine Nachfolgeplanung diskutiert. Auf dieser Basis plant die Gesellschaft alle weiteren Personalentwicklungsmaßnahmen. Die aktuelle Vorstandsbesetzung mit drei Personen trägt der Vorsorge für Notfallsituationen Rechnung. Bei einer Mindestbesetzung von zwei Personen und einer Ressortverteilung können Vertretungsbefugnisse gewahrt werden und der Vorstand bleibt auch in Notfallsituationen handlungsfähig.

Aktuell hat der Aufsichtsrat keine Altersgrenze für Vorstandsmitglieder festgelegt. Die creditshelf Aktiengesellschaft ist eine junge, im Jahr 2014 gegründete Gesellschaft, deren Gründer heutige Vorstandsmitglieder im Alter zwischen 44 und 51 Jahren sind. Eine Altersgrenze für den Vorstand ist daher derzeit nicht erforderlich.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der creditshel Aktiengesellschaft bestellt die Vorstandsmitglieder und berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Eine Geschäftsordnung regelt die Aufgaben des Aufsichtsrats, insbesondere die interne Organisation und die Zustimmungserfordernisse des Gremiums bei Vorstandsentscheidungen. Dem Aufsichtsrat gehören zum Veröffentlichungszeitpunkt dieses Geschäftsberichts fünf Mitglieder an.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der creditshel Aktiengesellschaft verfügen über die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und die fachliche Kompetenz für ihre ausgeübten Tätigkeiten. Zur Evaluierung dieser Kenntnisse, Fähigkeiten und der fachlichen Kompetenz hat der Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2020 ein Kompetenzprofil für das Gesamtgremium erarbeitet. Dieses umfasst Diversität ebenso wie die fachliche Eignung zu den Themen Innovation, Forschung und Entwicklung, Branche, Finanzen, Investor Relations, Strategie, Personalwesen sowie Aufsicht, Kontrolle und Corporate Governance. In diesem Kompetenzprofil werden auf Basis einer kritischen Selbstbeurteilung die Fähigkeiten der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder aufgezeigt. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat im Oktober 2020 zur Beurteilung der Effizienz der eigenen Gremienarbeit eine Selbstevaluierung durchgeführt.

Diese Selbstbeurteilung wurde intern mit Hilfe eines umfangreichen Fragebogens durchgeführt und von der Leiterin des Bereichs Recht/Personal begleitet. Die Ergebnisse der Selbstbeurteilung bestätigen eine professionelle, konstruktive und von einem hohen Maß an Offenheit geprägte Zusammenarbeit innerhalb des Aufsichtsrats.

Auf Basis des Deutschen Corporate Governance Kodex („DCGK“) misst die Gesellschaft der Unabhängigkeit der Aufsichtsratsmitglieder eine hohe Bedeutung bei. Nach Einschätzung des Aufsichtsrats besteht der Aufsichtsrat aus einer angemessenen Zahl unabhängiger Mitglieder. Mit Ausnahme von Herrn Elgeti, der aufgrund seiner mittelbaren kontrollierenden Beteiligung an der Aktionärin der Gesellschaft Hevella Capital GmbH & Co. KGaA, die nach Kenntnis der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts 37,72 % der Stimmrechte der Gesellschaft kontrollierte, sowie seiner mittelbaren kontrollierenden Beteiligung an der Aktionärin der Gesellschaft Obotritia Capital KGaA, die nach Kenntnis der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts 8,89 % der Stimmrechte der Gesellschaft kontrollierte und somit nicht als unabhängig anzusehen ist, sind sämtliche Aufsichtsratsmitglieder unabhängig. Hierbei handelt es sich um die Aufsichtsratsmitglieder Frau Heraeus-Rinnert sowie die Herren Hentschel, Prof. Dr. Schiereck und Dr. Rauhut.

Sitzungen des Aufsichtsrats finden mindestens viermal im Jahr, mit mindestens zwei Sitzungen in einem Kalenderhalbjahr, statt, soweit eine geschäftliche Veranlassung dazu vorliegt oder ein Mitglied des Aufsichtsrats oder des Vorstands dies verlangt. Die Einberufung der Sitzungen erfolgt grundsätzlich durch den Vorsitzenden.

Der Aufsichtsrat ist nur beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Schriftliche, telegrafische, fernmündliche, elektronische oder per Telefax erfolgende Beschlussfassungen des Aufsichtsrats sind zulässig, wenn der Vorsitzende des Aufsichtsrats dies anordnet. Entscheidungen bedürfen grundsätzlich der einfachen Mehrheit. Bei Stimmengleichheit hat der Aufsichtsratsvorsitzende in einer zweiten Abstimmung bei erneuter Stimmengleichheit ein zweifaches Stimmrecht.

Der Aufsichtsrat tagt ohne die Vorstandsmitglieder, sofern der Vorsitzende des Aufsichtsrats im Einzelfall eine entsprechende Anordnung trifft (z.B. soweit dies für eine unabhängige Beratung und Entscheidungsfindung erforderlich ist). Weitere Einzelheiten sind in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat geregelt.

Im Geschäftsjahr 2020 bildete der Aufsichtsrat keine Ausschüsse, insbesondere keinen Prüfungsausschuss und kein Nominierungsausschuss. Der Aufsichtsrat bestand im Geschäftsjahr 2020 aus sechs Mitgliedern, von denen fünf von der Gesellschaft unabhängig sind und die insgesamt über langjährige Erfahrungen mit einem breiten Erfahrungs- und Kompetenzspektrum, insbesondere auch im Finanzbereich, verfügen. Die Kommunikationswege sind kurz und direkt. Die effektive Aufgabenerfüllung des Aufsichtsrats ist ohne die Bildung von Ausschüssen sichergestellt. Der Aufsichtsrat ist der Auffassung, dass in dieser Konstellation die Effizienz der Aufsichtsratsarbeit durch die Bildung von Ausschüssen nicht erhöht würde. Er hält auch zukünftig eine Bildung von Ausschüssen für nicht erforderlich und wird sich auch weiterhin in seiner Gesamtheit den anstehenden Themen widmen. Die regelmäßige Beurteilung der Qualität der Abschlussprüfung erfolgt durch den Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat hat für seine Mitglieder eine Altersgrenze von maximal 75 Jahren beschlossen, die zukünftig gelten soll. Diese wird einer fortlaufenden Überwachung bezüglich Ihrer Angemessenheit unterliegen.

Unternehmensführungspraktiken, die über gesetzliche Anforderungen hinaus angewandt werden – insbesondere Corporate Compliance

Die Gesellschaft ist sich ihrer unternehmerischen Verantwortung gegenüber Mitarbeitern, Gesellschaft und Umwelt bewusst. Verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln ist für die Gesellschaft eine zentrale Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und langfristigen unternehmerischen Erfolg. Hinsichtlich der unternehmerischen Verantwortung orientiert sich die Gesellschaft an den gültigen rechtlichen Rahmenbedingungen sowie an internen Richtlinien.

Corporate Compliance ist bei der Gesellschaft eine wesentliche Leitungsaufgabe des Vorstands und umfasst Maßnahmen zur Einhaltung gesetzlicher und behördlicher Vorschriften,

unternehmensinterner Richtlinien sowie Kodizes. Darin eingeschlossen sind unter anderem Kartell- und Korruptionsvorschriften sowie die Regelungen des Kapitalmarktrechts. Der Vorstand wird seit Mai 2020 in Compliance Themen von einem gesonderten Compliance-Beauftragten unterstützt. Darüber hinaus ist creditsheff seit diesem Berichtsjahr Mitglied beim Deutschen Institut für Compliance (DICO). Die Gesellschaft erwartet von allen Mitarbeitern ein rechtlich einwandfreies Verhalten im unternehmerischen Alltag.

Compliance-Themen werden zeitnah und professionell adressiert. Darüber hinaus folgt die Gesellschaft kodifizierten und IT-gestützten Prozessen im Rahmen des Onboardings („Know Your Customer-Prinzip“) für Unternehmen und Investoren, der Vorbereitung der Kreditvergabe durch die Fronting Bank sowie des Vertragsmanagements und der Kontrolle des Zahlungslaufs. An identifizierten kritischen Punkten ist ein Vier-Augen-Prinzip etabliert. Im Rahmen der kontinuierlichen Optimierung interner Prozesse der Gesellschaft ist ein Internes Kontrollsystem (IKS) etabliert, dass die Prävention, Überwachung und Intervention umfasst. Ein dezidiertes Zugangs- und Rechte-System auf „Need-to-Know“ Basis sichert die Vertraulichkeit von sensiblen Informationen. Die Überwachung von Compliance-relevanten Risiken erfolgt im Rahmen eines standardisierten Entity-Risk-Management (ERM) Prozesses. Mitarbeiter der Gesellschaft erhalten für relevante Regelungen (Policy-), Verfahren (Procedure-) und Compliance-Themen entsprechende Dokumentationen und Schulungen. Die bestehenden Regelungen und Verfahren (Policies & Procedures) werden fortlaufend überprüft und ggf. weiterentwickelt.

Den Beschäftigten wird über ein extern gehostetes, elektronisches Hinweisgebersystem auf geeignete Weise die Möglichkeit eingeräumt, geschützt Hinweise auf Rechtsverstöße oder Compliance-Verstöße im Unternehmen zu geben.

Feststellungen nach § 76 Abs. 4 bzw. § 111 Abs. 5 AktG

Der Vorstand hat am 19. Dezember 2018 gemäß § 76 Abs. 4 AktG die folgende Zielgröße für den Frauenanteil in der Führungsebene unterhalb des Vorstands festgesetzt: 28,6 %. Die entsprechende Zielgröße soll bis zum 31. Dezember 2022 erreicht werden. Im Berichtszeitraum wurde die festgesetzte Zielgröße nicht erreicht. Eine weitere Führungsebene unterhalb des Vorstandes besteht derzeit nicht, weshalb hierfür keine Zielgrößen festgelegt wurden.

In der Sitzung vom 11. März 2019 hat der Aufsichtsrat beschlossen, dass die Zielgröße für den Frauenanteil im Aufsichtsrat die aktuelle Quote von 16,6 % in den nächsten 5 Jahren nach Datum der Beschlussfassung nicht unterschreiten soll. Mit Julia Heraeus-Rinnert gehört dem Aufsichtsrat bereits eine Frau an. In derselben Sitzung wurde weiterhin beschlossen, dass der Frauenanteil im Vorstand in den nächsten 5 Jahren nach Datum der Beschlussfassung mindestens 0,0 % betragen soll. Aktuell gehört keine Frau dem Vorstandsgremium an.

Angaben der creditshelf Aktiengesellschaft zu § 289f Abs. 2 Nr. 5 und Nr. 6 HGB sind nicht erforderlich, da die creditshelf Aktiengesellschaft nicht zu den berichtspflichtigen Gesellschaften nach diesen Vorschriften gehört.

Weitere Angaben zur Corporate Governance

Aktionäre und Hauptversammlung

Die Aktionäre der creditshelf Aktiengesellschaft nehmen ihre Rechte in der Hauptversammlung der Gesellschaft wahr. Jede Aktie der creditshelf Aktiengesellschaft gewährt eine Stimme. Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind sämtliche Aktionäre berechtigt, die ihren Aktienbesitz zu einem bestimmten Datum im Vorfeld der Hauptversammlung (sog. Record Date) nachweisen. Die Anteilseigner können ihr Stimmrecht in der Hauptversammlung entweder selbst ausüben oder durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl oder einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft ausüben lassen. Auf der Website der Gesellschaft stehen den Aktionären frühzeitig auch alle Dokumente und Informationen zur Hauptversammlung zur Verfügung. Um die Durchführung einer ordentlichen und zeitnahen Hauptversammlung auch in Zeiten der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Versammlungsbeschränkungen zu gewährleisten, macht die Gesellschaft von der Möglichkeit des Gesetzgebers Gebrauch, die Hauptversammlung virtuell durchzuführen.

Wertpapiergeschäfte von Vorstand und Aufsichtsrat, Insiderhandelsverbot

Nach Art. 19 Marktmissbrauchsverordnung sind die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats und ihnen nahestehende Personen gesetzlich verpflichtet, den Erwerb und die Veräußerung von Aktien der creditshelf Aktiengesellschaft oder sich darauf beziehende Finanzinstrumente offenzulegen, wenn der Wert der Geschäfte, die sie innerhalb eines Kalenderjahres getätigt haben, ab dem Jahr 2020 die Summe von 20.000 EUR erreicht oder überschreitet. Das gilt auch für bestimmte Mitarbeiter mit Führungsaufgaben.

Um Regelverstöße gegen das Insiderhandelsverbot nach Art. 14 Marktmissbrauchsverordnung zu vermeiden, werden von der creditshelf Aktiengesellschaft alle nach den gesetzlichen Regelungen als Insider anzusehende Personen in geeigneter Weise über die relevanten gesetzlichen Bestimmungen für den Handel mit Aktien des Unternehmens belehrt und gleichzeitig schriftlich aufgefordert, schriftlich zu bestätigen, dass sie über die relevanten gesetzlichen Bestimmungen für den Handel mit Aktien des Unternehmens informiert wurden. In den Vorschriften entsprechenden Insiderlisten werden diejenigen konzernangehörigen Personen und externen Dienstleister aufgenommen, die aufgrund ihrer Tätigkeit und Befugnisse bestimmungsgemäß Zugang zu Insiderinformationen haben.

Darüber hinaus führt die Gesellschaft sogenannte „Restricted Trading Lists“, auf denen alle Personen erfasst werden, die Aufgrund ihrer Arbeit mit Datenbanken der Gesellschaft potenziell Zugang zu nicht-öffentlichen Finanzinformationen kapitalmarktorientierter Kunden der Gesellschaft, d.h. Kreditnehmern und potenziellen Kreditnehmern, haben. Nach einer schriftlichen Belehrung über den jeweiligen Sachverhalt werden diese Personen kontinuierlich über das Weiterbestehen bzw. das Schließen der Listen nach Projektende oder Öffentlichwerden der Finanzinformationen informiert.

Transparente Kommunikation

Wir informieren Aktionäre, Aktionärsvertreter, Analysten, Medien und die interessierte Öffentlichkeit regelmäßig und zeitnah über die aktuelle Geschäftsentwicklung und die Lage des Unternehmens. Mit dem Geschäftsbericht, dem Halbjahresfinanzbericht und den Zwischenmitteilungen des 1. und 3. Quartals haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr insbesondere unsere Aktionäre regelmäßig über die aktuelle Geschäftsentwicklung sowie über die Finanz- und Ertragslage unterrichtet. Darüber hinaus nutzen wir zur Information unserer Aktionäre und aller anderen Personen, die Interesse am Unternehmen zeigen, unsere umfassende Internetseite, auf der wir beispielsweise neben unseren Finanzberichten einen Finanzkalender, Ad-hoc-Mitteilungen, Investorenpräsentationen und Pressemitteilungen veröffentlichen. Letztere beinhalten Quartalsvorabmitteilungen zu den Geschäftsvolumina des vergangenen Quartals.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Der Einzelabschluss der creditshelf Aktiengesellschaft wird nach dem Handelsgesetzbuch aufgestellt, der Konzernabschluss der creditshelf Aktiengesellschaft nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Der Einzelabschluss und der Konzernabschluss wurden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein Grant Thornton AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main geprüft.

2.7.2. Angaben gemäß §§ 289a, 315a Abs. 1 HGB und erläuternder Bericht gemäß § 176 Abs. 1 Satz 1 AktG

Der Vorstand macht nachfolgend die nach den §§ 289a, 315a Abs. 1 HGB vorgeschriebenen Angaben und erläutert diese zugleich gemäß § 176 Abs. 1 Satz 1 AktG.

Zusammensetzung des Grundkapitals

Das Grundkapital der creditshelf Aktiengesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2020 1.360.339,00 EUR und ist in 1.360.339 auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt. Mit allen Aktien sind die gleichen Rechte und Pflichten verbunden. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Sämtliche Aktien sind in gleicher Weise gewinnanteilsberechtig. Die Gesellschaft hält zum 31. Dezember 2020 keine eigenen Aktien. Die Rechte und Pflichten der

Aktionäre ergeben sich im Übrigen aus den Regelungen des Aktiengesetzes sowie der Satzung der Gesellschaft.

Direkte und indirekte Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Direkte und indirekte Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind dem Vorstand der creditshelf Aktiengesellschaft nicht bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten

Bezüglich Angaben zu Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten, wird auf die Anhangangabe 15 verwiesen.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen bei der Gesellschaft nicht.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und Ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Nach Kenntnis des Vorstands können die am Kapital der creditshelf Aktiengesellschaft beteiligten Arbeitnehmer die ihnen aus den Aktien zustehenden Kontrollrechte unmittelbar nach den Bestimmungen der Satzung und des Gesetzes ausüben.

Gesetzliche Vorschriften und Bestimmungen der Satzung über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und über die Änderung der Satzung

Die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern sind in den §§ 84 und 85 des AktG in Verbindung mit § 6.1 der Satzung geregelt. Danach werden Vorstandsmitglieder vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach § 6 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus einer oder mehreren Personen. Die Anzahl der Mitglieder des Vorstands bestimmt der Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat kann einen Vorsitzenden des Vorstands ernennen.

Die Änderung der Satzung ist gesetzlich in den §§ 133 ff., 179 ff. des AktG geregelt. Diese bedarf grundsätzlich eines Beschlusses der Hauptversammlung. Der Beschluss der Hauptversammlung bedarf einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenden Grundkapitals umfasst. Die Satzung kann eine andere Kapitalmehrheit, für eine Änderung des Gegenstands des Unternehmens jedoch nur eine größere Kapitalmehrheit bestimmen. Von diesem Recht wurde in der Satzung der creditshelf Aktiengesellschaft jedoch kein Gebrauch gemacht. Nach § 13.2 der Satzung ist der Aufsichtsrat ermächtigt, Änderungen oder Ergänzungen der Satzung zu beschließen, die nur die Fassung betreffen.

Gemäß § 18 der Satzung der Gesellschaft werden Beschlüsse der Hauptversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Mehrheit des Grundkapitals gefasst, soweit nicht nach zwingenden gesetzlichen Vorschriften oder der Satzung der Gesellschaft eine größere Mehrheit erforderlich ist. Stimmenthaltung gilt nicht als Stimmabgabe.

Befugnisse des Vorstands Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand kann neue Aktien nur auf Grundlage von Beschlüssen der Hauptversammlung über eine Erhöhung des Grundkapitals oder über genehmigte und bedingte Kapitalien ausgeben. Der Erwerb eigener Aktien ist in den §§ 71 ff. AktG. geregelt und in bestimmten Fällen kraft Gesetzes oder aufgrund einer Ermächtigung der Hauptversammlung zulässig. Eine Ermächtigung eigene Aktien zu erwerben liegt dem Vorstand nicht vor.

Genehmigtes Kapital zum Stichtag 31. Dezember 2020

Am 17. Dezember 2019 hat der Vorstand der creditshelf Aktiengesellschaft beschlossen, für die erste Wandlung der aus den zu Beginn des Geschäftsjahres 2019 eingeführten aktienbasierten Mitarbeiter-Anreizprogramme (Restricted Stock Units Programs) bereits bestehenden Ansprüche in Aktien das Grundkapital der Gesellschaft um 7.115,00 EUR durch 7.115 neue auf den Inhaber lautenden Stückaktien ohne Nennbetrag und unter Ausschluss des Bezugsrechts zu erhöhen. Ferner wurde beschlossen, dass die Aktien zum geringsten Ausgabebetrag von je 1,00 EUR je Aktie ausgegeben werden und für das gesamte Geschäftsjahr 2019 erstmals gewinnberechtigt sind. Diesem Beschluss hat der Aufsichtsrat am 19. Dezember 2019 per Umlaufbeschluss zugestimmt. Am 17. Januar 2020 wurden die neuen Aktien im Handelsregister eingetragen und am 30. Januar 2020 in den Handel im regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse mit identischer Wertpapierkennnummer (WKN) wie die alten Aktien aufgenommen.

Folglich ist der Vorstand nunmehr ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft in der Zeit bis zum 10. Juli 2023 (einschließlich) mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmalig oder mehrmals um insgesamt bis zu 533.411,00 EUR durch Ausgabe von bis zu 533.411 neuen auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen.

Die neuen Aktien sind grundsätzlich den Aktionären zum Bezug anzubieten; sie können auch von Kreditinstituten oder Unternehmen im Sinne von § 186 Abs. 5 Satz 1 AktG mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats ganz oder teilweise auszuschließen,

- um Spitzenbeträge unter Ausschluss des Bezugsrechts zu verwerten;

- bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen, insbesondere im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder zum Zwecke des (auch mittelbaren) Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen, Beteiligungen an anderen Unternehmen oder von sonstigen Vermögensgegenständen oder Ansprüchen auf den Erwerb von Vermögensgegenständen;
- um Aktien (1.) an Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft oder (2.) als Belegschaftsaktien an Arbeitnehmer der Gesellschaft sowie Arbeitnehmer von verbundenen Unternehmen der Gesellschaft auszugeben, im Hinblick auf Arbeitnehmer auch unter Wahrung der Anforderungen des § 204 Abs. 3 AktG;
- wenn die neuen Aktien gegen Bareinlage ausgegeben werden und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenkurs der bereits börsennotierten Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabetrags, die möglichst zeitnah zur Platzierung der Aktien erfolgen soll, nicht wesentlich unterschreitet und der rechnerisch auf die neuen Aktien entfallende Anteil am Grundkapital insgesamt die Grenze von 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieser Ermächtigung noch im Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung übersteigt. Auf diese Begrenzung sind diejenigen Aktien anzurechnen, die während der Wirksamkeit dieser Ermächtigung bis zum Zeitpunkt ihrer jeweiligen Ausübung aufgrund anderer Ermächtigungen in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ausgegeben oder veräußert wurden bzw. auszugeben sind. Ebenfalls anzurechnen sind diejenigen Aktien, die von der Gesellschaft aufgrund von zum Zeitpunkt der jeweiligen Ausübung der Ermächtigung ausgegebenen Wandel-/Optionsschuldverschreibungen ausgegeben wurden beziehungsweise noch ausgegeben werden können, sofern die Wandel-/Optionsschuldverschreibungen nach dem Wirksamwerden dieser Ermächtigung in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre durch die Gesellschaft oder ihre Konzerngesellschaften ausgegeben wurden.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhungen aus dem Genehmigten Kapital und ihrer Durchführung, insbesondere den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe, festzulegen.

Bedingtes Kapital

Das Grundkapital ist um bis zu 562.500,00 EUR bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird durch Ausgabe von bis zu 562.500 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahrs ihrer Ausgabe nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber beziehungsweise Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen oder von Optionsscheinen aus Optionsschuldverschreibungen, die aufgrund der Ermächtigung des Vorstands durch die

Hauptversammlung vom 11. Juli 2018 begeben werden, von ihrem Wandlungs-/Optionsrecht Gebrauch machen, ihrer Wandlungs-/Optionspflicht genügen oder Andienungen von Aktien erfolgen und soweit nicht andere Erfüllungsformen zur Bedienung eingesetzt werden. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu den nach Maßgabe des vorstehend bezeichneten Ermächtigungsbeschlusses jeweils zu bestimmenden Wandlungs-/Optionspreisen. Der Vorstand wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Zwischen der Gesellschaft und der Raisin Bank AG, die als sogenannte Fronting Bank mit Vollbanklizenz die entsprechenden Kredite vergibt, besteht eine Kooperationsvereinbarung mit entsprechender Vergütungsabsprache, die auch in bestimmten Fällen eines Eigentümerwechsels (sog. Change of Control) Zahlungen bzw. Kündigungsrechte vorsieht.

Entschädigungsvereinbarungen mit den Mitgliedern des Vorstands oder mit Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots gemäß § 315a Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 HGB bestehen nicht.

2.7.3. Vergütungsbericht gemäß § 315a Abs. 2 i.V.m. § 314 Abs. 1 Nr. 6 lit. a) Satz 1 bis 4, lit. b) und lit. c) HGB

Der nachstehende Vergütungsbericht stellt die Grundzüge der Vergütungssysteme für den Vorstand und den Aufsichtsrat der creditsheff Aktiengesellschaft sowie die Bezüge der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2020 dar. Hierbei ist zu beachten, dass die Hauptversammlung der Gesellschaft am 18. Juni 2018 gemäß § 314 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. § 286 Abs. 5 Satz 1 HGB beschlossen hat, dass Angaben nach § 314 Abs. 1 Nr. 6 lit. a) Satz 5 bis 8 HGB zu unterbleiben sind.

Vorstand

Die Vorstandsvergütung wurde zum 13. Juni 2018 durch den Aufsichtsrat geregelt. Dies erfolgte unter Berücksichtigung allgemeiner Marktstandards, rechtlicher Anforderungen gemäß § 87 AktG und Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Vorstandsvergütung wird ab Laufzeitbeginn der Verträge alle zwei Jahre durch den Aufsichtsrat auf dessen Angemessenheit geprüft.

Die Dienstverträge aller drei Vorstandsmitglieder sehen in Summe ein jährliches Bruttofixgehalt in Höhe von insgesamt 300 TEUR vor. Dieses wird in zwölf gleichen Teilbeträgen monatlich bezahlt. Eine darüber hinausgehende Barvergütung wird nicht geschuldet. Neben der Barvergütung erhalten die Vorstandsmitglieder Nebenleistungen im üblichen Rahmen. Hierzu zählen insbesondere übliche Zuschüsse zur Renten- und Krankenversicherung und eine

Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (sog. D&O Versicherung) sowie eine Unfallversicherung. Kredite oder Vorschüsse wurden Mitgliedern des Vorstands nicht gewährt. Mit der oben erwähnten Vergütung ist eine etwaige Tätigkeit in den Tochtergesellschaften der Gesellschaft abgegolten.

Zwischen Dr. Mark Währisch und der Gesellschaft kam es am 08. Mai 2019 zu einer gesonderten Vereinbarung bezüglich einer aktienbasierten Vergütung (Restricted Stock Units Program III), die als Anreizvergütung für die Vorstände dient. In dem Zuteilungsschreiben v. 08. Mai 2019 wurden Dr. Mark Währisch 10.000 RSU zugeteilt. In dem Zuteilungsschreiben v. 20. Januar 2020 wurden weitere 10.000 RSU zugeteilt. Der Ansparzeitraum läuft bis zum Ende des Dienstvertrags (30. April 2021). Die Zuteilung von Aktien an der Gesellschaft soll anteilig zum jeweiligen Jahrestag des Gewährungstags (Geschäftsjahresende) erfolgen. RSU III sieht eine 4-jährige Sperrfrist bezogen auf den Jahrestag des Gewährungstags (sog. Lock-up) Regelung vor. Die Vesting-Frequenz ist quartalsweise.

Wie erwähnt, sehen die Dienstverträge für den Fall der Beendigung der Dienstverhältnisse aufgrund eines Kontrollwechsels keine gesonderte Vergütung vor.

Die Gesamtvergütung des Vorstands der creditshelf Aktiengesellschaft für das zurückliegende Geschäftsjahr belief sich auf 1.038,4 TEUR (Vorjahr: 686,0 TEUR). Davon entfielen 682,9 TEUR (Vorjahr: 331,3 TEUR) auf die Zuteilung von Restricted Stock Units.

Aufsichtsrat

Die Vergütung des Aufsichtsrats wurde von der Hauptversammlung am 11. Juli 2018 festgelegt. Die Vergütung des Aufsichtsrats der creditshelf Aktiengesellschaft ist in Artikel 14 der Satzung geregelt.

Für das Berichtsjahr 2020 steht den Aufsichtsratsmitgliedern eine Vergütung in Höhe von insgesamt 90 TEUR (Vorjahr: 90 TEUR) netto zu. Der Aufsichtsratsvorsitzende sowie ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrates haben wie im Vorjahr auf ihre Vergütung im Geschäftsjahr verzichtet. Weiterhin wurden Reisekosten in Höhe von 1,2 TEUR (Vorjahr: 4,0 TEUR) an den Aufsichtsrat gezahlt. Die anteiligen Kosten für die Vermögensschadenshaftpflicht (sog. D&O Versicherung) für den Aufsichtsrat betrug 8,9 TEUR in 2020 (Vorjahr: 9,7 TEUR). Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrates beträgt im Geschäftsjahr 2020 100,1 TEUR (Vorjahr: 103,7 TEUR). Der angegebene Betrag enthält neben der Vergütung zusätzlich auch die jedem Aufsichtsratsmitglied erstatteten Auslagen, jedoch nicht die auf die entsprechenden Bezüge und Auslagen entfallende Umsatzsteuer.

Kredite bzw. Vorschüsse wurden an Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft nicht gewährt. § 315 Abs. 2 i.V.m. § 314 Abs. 1 Nr. 6 lit. b) HGB ist auf die Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft nicht anwendbar.

[1] Abschnitt 2.8.1 war nicht Gegenstand einer inhaltlichen Prüfung durch den Konzernabschlussprüfer bzw. den Prüfer des Jahresabschlusses der creditshelf AG.